



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Beirates für ältere Menschen

am Mittwoch, 14.07.2021,

Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 19:34



Anwesenheitsliste

beratendes Mitglied

Julia Geißert

Christine Maier

Jan Marco Scherer

Ulrike Sprengling

stimmberechtigtes Mitglied

Marlene Bracht

Cornelia Gerber

Dr. Daniela Pitschas

Michael Scherrer

Maria Schönau

Dr. Martin Schröder

Dieter Wörle

Vorsitzender

Willi Schmitt

Schriftführer

Philipp Anslinger

Berichterstatter

Lukas Hartmann, Beigeordneter

Karin Leiner

Rolf Lüchow



Entschuldigt

beratendes Mitglied

Tri Tin Vuong

stimmberechtigtes Mitglied

Ulrike Aulbur

Ursula Feierabend

Gabriele Kolian

Dr. Friedrich Graßmann

Unentschuldigt

stimmberechtigtes Mitglied

Prof. Dr. Dietmar Molitor



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Park- und Wohnraumsituation für Hochbetagte in der Landauer Innenstadt; Berichterstattung: Frau Karin Leiner, Ökumenische Sozialstation Landau
3. Anträge an den LSV; Ergebnisbericht des Vorsitzenden zur Mitgliederversammlung am 26. Mai 2021
4. Wahl stellvertretende Mitglieder in Ausschüsse und Beiräte
 - 4.1. Kulturausschuss
 - 4.2. Sportausschuss
 - 4.3. Beirat Migration und Integration
 - 4.4. Kommunalen Beirat für die Teilhabe von Menschen mit Behinderung
 - 4.5. Jugendbeirat
5. Möglicher Beitrag des Seniorenbeirates im Rahmen der Demografiewoche im November 2021 in Landau
6. Reform des Parksystems Landau; Beigeordneter Lukas Hartmann
7. Anfragen der Verwaltung zum Thema Geburtstagsbesuche und Ehejubiläen bei Hochbetagten
8. Seniorenbus - Aktuelle Entwicklungen; Berichterstattung: Herr Rolf Lüchow, Projektleiter Seniorenbus
9. Berichterstattung aus den verschiedenen Arbeitsgruppen (AG)
10. Teilnahmeberichte aus den verschiedenen Ausschüssen und Beiräten
11. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen von den Bürgern gestellt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Park- und Wohnraumsituation für Hochbetagte in der Landauer Innenstadt;
Berichterstattung: Frau Karin Leiner, Ökumenische Sozialstation Landau

Der Vorsitzende: begrüßte Frau Karin Leiner, welche als Berichterstatterin zu der Sitzung eingeladen wurde und übergab ihr das Wort.

Frau Leiner ist die Vorsitzende der Ökumenischen Sozialstation Landau.

Frau Leiner: führte aus, dass die Sozialstation 1200 Menschen in Landau und Umgebung betreut und davon rund 400 Menschen in der Innenstadt leben. Der Altersdurchschnitt dieser Menschen läge bei 85 Jahren. Diese Menschen, die Hilfe beim täglichen Bedarf und der Pflege brauchen, würden von den Beschäftigten der Sozialstation betreut, welche wiederum mit 64 Autos im Einsatz wären.

Die aktuelle Parkplatzsituation in der Innenstadt würde die Beschäftigten sehr belasten, da aufgrund des Parkplatzmangels selten ein Stellplatz am Haus/Wohnung des Pflegebedürftigen frei wäre. Dieser Umstand mache die Arbeit der Beschäftigten sehr schwer und würde eine rechtzeitige Pflege der Pflegebedürftigen fast unmöglich machen.

Die von der Verwaltung vorgeschlagene „Fahrradlösung“ sei für Sie nicht umsetzbar.

Auch die Einführung eines Seniorenbusses sei keine Alternative, da besonders ältere Menschen nicht in der Lage seien alleine Bus zu fahren. Ältere Menschen die noch Autofahren können, seien auf einen Stellplatz vor der Wohnung angewiesen. Ohne einen solchen Stellplatz wären diese Menschen zu sehr in ihrer Mobilität eingeschränkt. In Ihrer 40. jährigen Tätigkeit beim Sozialdienst habe Sie noch nie erlebt, dass es vor allem älteren Menschen so schlecht gehe wie aktuell durch die Corona Pandemie.

Daher hoffe Sie auf die Rücksichtnahme der Verwaltung auf ältere und pflegebedürftige Menschen bei der Entwicklung des neuen Parkraumkonzepts.

Herr Scherrer: fragte bei Frau Leiner nach, wie weit es diesen Menschen zuzumuten wäre zu ihrem Auto zu laufen.

Frau Leiner: antwortete, dass Auto müsse direkt vor der Wohnung stehen. Ein Fußweg sei diesen Menschen nicht zuzumuten, vor allem wenn es um die Besorgung von Lebensmitteln geht.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Die Versammlung des Landes-Seniorenverbandes fand im Rahmen einer Video-Konferenz statt.

Der Vorsitzende: berichtete über die Teilnahme an der Mitgliederversammlung des LSV. Er habe den Antrag „Stimmrecht für Beiratsmitglieder in Ausschüssen“, eingebracht und dieser sei angenommen worden. Der Antrag wurde bereits der Landesregierung zugeleitet. Den Landtagsabgeordneten des Wahlkreises werden die Anträge im Nachgang zugeleitet.

Herr Scherrer: sei auch bei der Mitgliederversammlung dabei gewesen und berichtete, dass auch der zweite Antrag „Zahl, Größe und Beschaffenheit der Stellplätze für Kraftfahrzeuge“ in der Mitgliederversammlung angesprochen und angenommen wurde. Auch dieser Antrag wurde der Landesregierung bereits zugeleitet und den Landtagsabgeordneten des Wahlkreises im Nachgang.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Wahl stellvertretende Mitglieder in Ausschüsse und Beiräte

Der Vorsitzende: schlug eine offene Abstimmung vor und bat um Vorschläge für die Stellvertreterwahlen.

Der Beirat stimmte einstimmig für eine offene Abstimmung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4.1. (öffentlich)

Kulturausschuss

Der Vorsitzende: schlug Herrn Dr. Schröder vor.

Herr Dr. Schröder wurde einstimmig bei einer Enthaltung gewählt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4.2. (öffentlich)

Sportausschuss

Es wurde mangels Vorschlag keine Wahl durchgeführt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4.3. (öffentlich)

Beirat Migration und Integration

Es wurde mangels Vorschlag keine Wahl durchgeführt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4.4. (öffentlich)

Kommunaler Beirat für die Teilhabe von Menschen mit Behinderung

Es wurde mangels Vorschlag keine Wahl durchgeführt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4.5. (öffentlich)

Jugendbeirat

Es wurde mangels Vorschlag keine Wahl durchgeführt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Möglicher Beitrag des Seniorenbeirates im Rahmen der Demografiewoche im November 2021 in Landau

Frau Sprengling: informierte den Beirat, dass es seit 2013 alle 2 Jahre eine Demografiewoche gäbe, in der landesweit verschiedene Veranstaltungen stattfinden. Dieses Jahr findet die Demografiewoche vom 08. bis 15. November unter dem Motto „Miteinander der Generationen – Gemeinsam Zukunft gestalten“ statt.

Der Beirat könnte sich mit einer Veranstaltung an dieser Aktion beteiligen. Das Seniorenbüro hätte bereits seine Unterstützung zugesagt. Zudem könne man noch den Jugendbeirat einbinden, da das Motto ja einen generationenübergreifenden Aspekt hat. Denkbar wäre eine Veranstaltung im alten Kaufhaus, ähnlich wie die Veranstaltung „Seniorentag“.

Der Vorsitzende: informierte den Beirat, dass die Organisation „Omas gegen Rechts“ Interesse an einer gemeinsamen Veranstaltung angemeldet hätte. Dies hätte allerdings zur Folge, dass die Veranstaltung einen politischen Anstrich bekäme.

Herr Wörle: sah eine Gefahr bei der Einbindung einer politischen Organisation und hält eine neutrale Veranstaltung ohne den Einfluss einer politischen Richtung für besser.

Frau Sprengling: merkte an, dass über den genauen Ablauf der Veranstaltung nochmals in einem Arbeitskreis gesprochen wird.

Herr Wörle: schlug auch die Teilnahme der Einrichtung Repair-Café vor



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Reform des Parksystems Landau; Beigeordneter Lukas Hartmann

Herr Beigeordneter Hartmann: erläuterte, dass das bisherige Parksystem eine lange historische Entwicklung genommen habe und heute schon 20 Jahre alt sei. Anhand von Grafiken wurde aufgezeigt, dass die Grenzen der unterschiedlichen Parkraumzonen nicht mehr nachvollziehbar sind und teilweise einzelne Häuser derselben Straße in unterschiedliche Parkraumzonen liegen. Dies mache eine ordnungsgemäße Parkraumüberwachung fast unmöglich. Diese sei aber sehr wichtig, denn es käme vermehrt vor, dass Autos im absoluten Halteverbot stehen würden, da sonst keine anderen Parkplätze mehr frei wären. Diese Parkverstöße seien auch bei Fahrzeugen des Sozialdienstes vorgekommen. Bei diesen Fällen hätte die Verwaltung bisher immer eine milde Strafe verhängt.

Aktuell gebe es drei Arten des Parkens in der Stadt:

1. Das reine Anwohnerparken
2. Das konkurrierende Parken zwischen Anwohnerparken und Ticketparken
3. Das reine Ticketparke

Diese unterschiedlichen Systeme würden zu Verwirrungen bei der Bevölkerung führen, da nicht immer sofort erkennbar sei, wo welches System gelte.

Laut bundesrechtlicher Regelungen sei in einer Stadt Anwohnerparken nur in 50% der verfügbaren Parkflächen erlaubt. In Landau seien es aber weit mehr als 50%. Zudem sei in der Vergangenheit ein Anwohnerparkausweis ausgestellt worden, ohne dass die Voraussetzung hierfür vorgelegen hätte.

Diese Tatsachen hätten der Verwaltung keine andere Wahl gelassen, als das Parkraumkonzept neu zu erarbeiten.

Darüber hinaus sei jedoch auch die Parksituation in der Südstadt der Auslöser für die Reform gewesen. Dort seien immer die Mehrzahl der Parkplätze belegt und die Anwohner hätten große Schwierigkeiten einen Parkplatz zu finden.

Alle Berichte und Prüfungen der letzten Jahre hätten ergeben, dass Anwohnerparken in der Südstadt nicht möglich sei. Daraus würde eine Ungleichbehandlung zwischen den Bürgern der Südstadt, welche kein Anwohnerparken nutzen können und den Bürgern aus den anderen Stadtteilen, welche das Anwohnerparken nutzen können, entstehen.

Auch hätte man das Problem erkannt, dass viele Bürger die einen Anwohnerparkausweis besitzen, tagsüber zur Arbeit fahren und diese Parkplätze dann den ganzen Tag nicht genutzt werden können, weil diese nur für das Anwohnerparken reserviert sind. Personen von außerhalb, die in Landau arbeiten, würden deshalb schwerer einen Parkplatz finden.

Darum habe man sich entschieden, das Anwohnerparken komplett abzuschaffen.

Dadurch würde automatisch die Ungleichheit beseitigt werden und es stünde mehr Parkplatz für alle zur Verfügung. Die Bürger mit einer privaten Abstellfläche wie Garage oder Hof würden dann ihre Autos dort abstellen, da der öffentliche Parkplatz nun auch für sie Geld kosten wird.

Im gleichen Zug würden die Preise für das Dauerparken erheblich herabgesetzt werden. Es sei auch angedacht bestimmte Bereiche der Innenstadt nur noch als Kurzzeitparkzonen auszuweisen, um es ortsfremden Besuchern zu ermöglichen in innenstadtnähe zu Parken.



Durch das neue System würden alle Personen gleichbehandelt werden und der Preis für das Parken würde nur noch von der Wertigkeit des Parkplatzes abhängen.

Frau Dr. Pitschas: fragte nach den neuen Preisen für die Tagestickets.

Herr Beigeordneter Hartmann: antwortete, dass die Tagestickets in den blauen Quartieren auf 2,00 € herabgesetzt werden sollen. In der Innenstadt würde das Tagesticket ab 2023 3,50 € kosten.

Herr Scherrer: regte an, dass es sinnvoll wäre zusätzliche Fahrradboxen an den größeren, außerhalbgelegenen Parkplätzen zu installieren. Damit könnte man das Parken außerhalb der Stadt attraktiver machen.

Herr Beigeordneter Hartmann: begrüßte diesen Vorschlag und sagte zu, die Überlegung in die weitere Planung aufzunehmen.

Frau Leiner: merkte an, dass die Sozialstation nicht im absoluten Haltverbot parken würde. Zudem fragte Sie, wo denn die Senioren parken sollen, wenn es vor ihrem Haus/Wohnung keine Anwohnerparkplätze mehr gäbe. Das ganze System sei zu kompliziert.

Herr Beigeordneter Hartmann: entgegnete, dass es viel Beweismaterial gäbe, dass die Sozialstation oft im Halt- und Parkverbot parken würde.

Es dürfe bei dem neuen Parkkonzept keine Bevorteilung einzelner Gruppen geben. Dies würde schon der Gleichheitsartikel Art. 3 GG verbieten. Dies hätte auch zur Folge, dass alle Bevölkerungsgruppen gleichbehandelt werden müssten.

Frau Schönau: schlug vor, dass man einen Parkausweis für die Sozialstation einführen könnte, mit dem die Mitarbeiter der Sozialstation kostenlos parken könnten.

Herr Beigeordneter Hartmann: antwortete, dass diese Möglichkeit in Überlegung sei, aber die Regularien dafür sehr streng seien.

Frau Sprengling: schloss sich der Idee von Frau Schönau an und begrüßt den Vorschlag, dass die Sozialstation einen extra Parkausweis bekommen soll.

Frau Leiner: zeigte sich verwundert über den Begriff „Diskriminierung“ in Bezug auf Stellplätze für ältere Menschen. Diese seien notwendig um die Mobilität dieser Personengruppe zu gewährleisten.

Herr Beigeordneter Hartmann: erklärte, dass es das Grundgesetz durch Art. 3 GG verbietet, dass Personen aufgrund ihres Alters, Geschlechts, Herkunft etc. bevor- oder benachteiligt werden. Dies schlage sich auch auf das Parkraumkonzept durch, da die Verwaltung an Recht und Gesetz gebunden ist. Ausnahmen von diesem Grundsatz seien nur in dem durch Gesetz vorgeschriebenen Fall möglich, zum Beispiel bei einem Schwerbehindertenausweis.

Frau Leiner: entgegnete, dass die Politik den Menschen dienen müsse und somit auch den älteren Menschen.

Herr Wörle: merkte an, dass das Problem gelöst sei, wenn die Sozialstation kostenlos parkberechtigt wäre.



Herr Beigeordneter Hartmann: antwortete, dass dies in Arbeit sei aber es noch nicht absehbar sei, wann und ob eine Entscheidung getroffen wird.

Herr Wörle: fragte, wie es denn andere Städte gelöst haben. Von anderen Kommunen würde man solche Probleme und Diskussionen nicht hören.

Frau Bracht: merkte an, dass der Eindruck entstehen würde, dass sich die Verwaltung nur Sorgen um die Autos mache. Man sollte sich jedoch lieber um die 400 Senioren Gedanken machen, welche in der Innenstadt leben.

Frau Leiner: betonte, dass der Druck auf die Sozialstation durch den Parkplatzmangel größer werde und man ohne ein Auto und den dazugehörigen Parkplatz die Menschen nicht versorgen könne.

Herr Beigeordneter Hartmann: versicherte, dass selbstverständlich auch auf die Menschen geachtet wird und nicht nur auf die Autos. Es sei auch vorstellbar, dass die Mitarbeiter der Sozialstation mit dem Fahrrad in die Innenstadt fahren um die Menschen zu versorgen. Eine Mitarbeiterin hätte sich dazu schon bereit erklärt.

Herr Scherrer: bat um die Einbeziehung des Beirats in die zukünftigen Entscheidungen, damit die Belange älterer Menschen mit in den Entscheidungsprozess eingehen.

Herr Beigeordneter Hartmann: erklärte sich dazu bereit.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Anfragen der Verwaltung zum Thema Geburtstagsbesuche und Ehejubiläen bei Hochbetagten

Der Vorsitzende: informierte darüber, dass seitens der Verwaltung angefragt wurde, ob der Beirat zusätzlich zu den in der Sitzung im März beschlossenen Besuchen, nun auch die Ehejubilare übernehmen könnte. Zudem sei angefragt worden, ob es auch möglich sei, die Besuche in den Ortsbezirken zu übernehmen.

Er sehe dabei allerdings eine Überlastung auf den Beirat zukommen und habe deshalb nochmals bei der Verwaltung über die Details um Auskunft gebeten. Auch habe er den Vorschlag einer Vergütung für die Besuche eingebracht.

Dieser Vorschlag der Verwaltung sei nur umsetzbar, wenn sich noch deutlich mehr Beiratsmitglieder bereiterklären zu helfen. Bis alle Details geklärt sind solle kein Beschluss gefasst werden. Die im März beschlossenen Regelungen bleiben vorerst bestehen und ab August könnten wieder Hausbesuche durchgeführt werden.

Herr Scherrer: merkte an, dass es sinnvoller wäre die Besuche in den Ortsbezirken von den Ortsbeiräten durchführen zu lassen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Seniorenbus - Aktuelle Entwicklungen; Berichterstattung: Herr Rolf Lüchow, Projektleiter Seniorenbus

Herr Lüchow: berichtete über den aktuellen Sachstand und die Entwicklungen zum Thema Seniorenbus. Anfang dieser Woche hätten Gespräche mit dem Bürgermeister Herrn Dr. Ingenthron stattgefunden. Der Seniorenbus solle geschaffen werden, um für ältere Personen die Mobilität zu gewährleisten. Die Kosten für dieses Projekt seien jetzt im Haushalt der Stadt eingestellt.

Es gäbe auch ein Förderprogramm vom Land, aber darauf hätten kreisfreie Städte keinen Anspruch. Dieses Programm sei ländlichen Regionen vorbehalten.

Allerdings hätte das Projekt die Unterstützung der Agentur Landmobil aus Berlin. Detaillierte Gespräche mit diesem Partner stehen noch aus. Es sei jedoch notwendig, dass ein Förderverein gegründet wird, um das Projekt zu finanzieren. Im ersten Jahr würde das Projekt noch von der Stadt und von Landmobil unterstützt werden. Ungeklärt sei noch wer für die Beschaffungskosten des Busses und die Unterhaltung aufkommt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Berichterstattung aus den verschiedenen Arbeitsgruppen (AG)

Zu diesem Tagesordnungspunkt war nichts zu protokollieren.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Teilnahmeberichte aus den verschiedenen Ausschüssen und Beiräten

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen und Mobilitätsausschuss – Berichterstatter: Herr Scherrer

- Parken in der Königsstraße für Sozialdienste
 - Angedachte Lösung ist eine temporäre Fußgängerzone, die aber für Anlieger jederzeit befahrbar wäre
 - Weiteres Konzept für Pflegedienste sei in Arbeit
- Thema „Ufersche Höfe“
 - Offenlegung des Bebauungsplans
 - Stellplatzfrage wurde erläutert unter Verweis auf Parkmöglichkeiten am alten Messplatz
- Thema Flächennutzungsplan und Stellungnahme Regionalplan wurden vertagt

Umweltausschuss – Berichterstatter: Herr Dr. Schröder

- Die geplante Solarrichtlinie wurde besprochen und der Verwaltungsvorlage zugestimmt

Mobilitätsausschuss – Berichterstatter: Herr Dr. Schröder

- Resolution des Stadtrates Landau zur Reaktivierung der Bahnstrecken LD—GER sowie LD—Herxheim, mit Verlängerung nach Rülzheim.
 - Bundesministerium für Verkehr und Digitale Infrastruktur (BMVI) wird aufgefordert, die angelegten Maßstäbe zu überarbeiten und dann die Strecken nochmals und mit diesen neuen Maßstäben zu bewerten
- Übersicht über abgeschlossene, aktuelle und geplante Arbeiten im Straßen- und Wege-Netz
 - Eichbornstraße, Im Löhl
 - Kommende Arbeiten am Knoten Schlössel-Xylanderstraße
 - Es wird eine Fahrrad-Querung zwischen Weißenburger Straße und Cornichonstraße geben

Beirat für Migration und Integration – Berichterstatterin: Frau Schönau

- Bericht über das erstmalige Treffen im September 2020 der Mitglieder der AG Öffentlichkeitsarbeit und Integrationskonzept und die Einführung in das Konzept durch Frau Bonatz
- Bericht über die Sitzung BMI vom 21.04.2021:
 - Darstellung des Integrationskonzeptes



- Bericht über die am 28.04. stattfindende Integrationskonferenz
- Bericht über die AG Sitzung am 25.05.2021
 - Videokonferenz der AG Integrationskonzept mit technischer Unterstützung der Fachstelle Migration und Integration
 - Erarbeitung von Zielen und Maßnahmen und Erstellung eines Zwischenberichts zur Abstimmung mit dem BMI



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

Verschiedenes

Der Vorsitzende: informierte, dass es zum Thema Aufwandsentschädigungen einen Beschluss der Fraktionen von Bündnis90/Die Grünen, CDU, FDP gäbe und die seitherigen Regelungen der Aufwandsentschädigungen für die Beiräte bestehen bleiben.

Der Vorsitzende brachte Überlegungen ein in wie weit es möglich sein könnte, dass der Beirat beim Thema „Senioren ins Online -Banking“ Hilfe anbieten könnte.

Es soll in diesem Zusammenhang ein Kontakt zu den Landauern „Digi-Botschaftern“ hergestellt werden.

Herr Lüchow: bat alle Anwesenden Werbung für den Förderverein „Seniorenshuttle“ zu machen, um das Projekt umzusetzen



Die Niederschrift über die 6. Sitzung des Beirates für ältere Menschen der Stadt Landau in der Pfalz am 14.07.2021 umfasst 16 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 25.

Willi Schmitt
Vorsitzender

Philipp Anslinger
Schriftführer